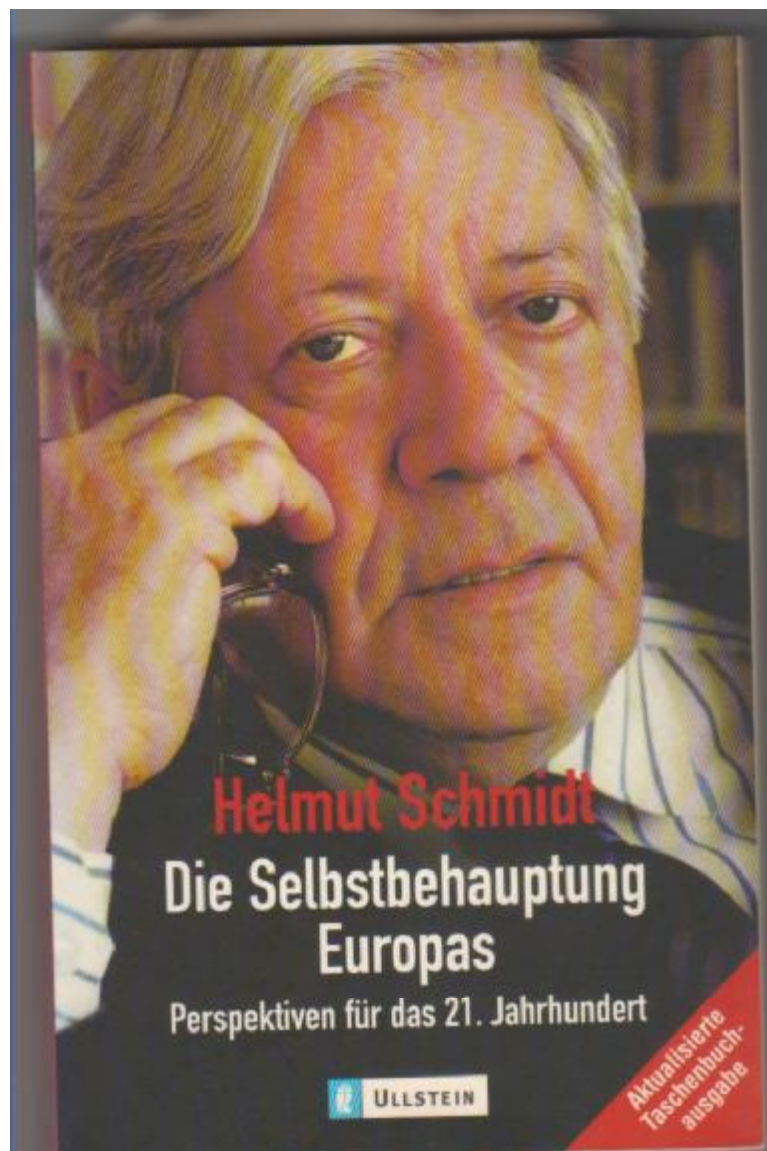


Amerikanische Dominanz

Im Laufe der letzten fünfzig Jahre bin ich wohl an die hundertmal in den USA gewesen, in fast allen Staaten, auch in fast allen großen Städten. Immer wieder war und bin ich tief beeindruckt von der Vitalität dieser Nation. Selbstvertrauen und Risikobereitschaft sind dort gemeinhin stärker als in Europa. Die europäischen Einwanderer, die die amerikanische Gesellschaft aufgebaut haben, waren eine wagemutige Elite, ob sie aus Irland oder Polen, aus England oder Italien, aus Frankreich, Holland, Rußland oder Deutschland kamen. Sie haben ihren Mut, ihren Optimismus und auch ihre Naivität an ihre Kinder und Kindeskiner vererbt.

Diese Amerikaner sind am Beginn des neuen Jahrhunderts nicht nur Weltmeister in Sachen Finanzkapitalismus, sondern Weltmeister auch der naturwissenschaftlichen Forschung – von der Astrophysik bis zu dem weitgefächerten Spektrum der *life science* – und ebenso Weltmeister in Sachen Spitzentechnologien – von der Raumfahrt bis zur Chirurgie. Die Metapher »Weltmeister« soll bedeuten: Die Amerikaner überragen derzeit alle anderen Konkurrenten, auch wenn manche von ihnen ebenfalls vielerlei Spitzenleistungen hervorbringen. Was jedoch die Diplomatie angeht, wäre das Wort Weltmeister – spätestens seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion – eine schwere Übertreibung.

Die Außenpolitik der USA ist heute einerseits sehr viel weniger eindeutig und vorhersehbar als zur Zeit von Hitlers Imperialismus und während des Zweiten Weltkriegs oder als in den langen Jahrzehnten des Kalten Kriegs mit der Sowjetunion. Andererseits bedient sich die amerikanische Außenpolitik heute nicht mehr allein diplomatischer



und militärischer Mittel; sie besitzt – weit über die Reichweite ihrer militärischen Bündnis- und Beistandssysteme hinaus – zum Teil mittels Instrumentalisierung der Weltbank, des Weltwährungsfonds und der Welthandelsorganisation, zum Teil im Zusammenwirken mit der amerikanischen Rüstungsindustrie und mit amerikanischen Finanzkonzernen ein umfassendes strategisches Instrumentarium, das es in dieser Form bisher nicht gegeben hat. Die Zielvorstellungen dieser Strategie schwanken jedoch beträchtlich, besonders im Verhältnis zu Rußland und China, aber seit der Schaffung der gemeinsamen europäischen Euro-Währung und seit dem Kosovo-Konflikt auch gegenüber Europa.

So hat Washington zu Anfang der neunziger Jahre Moskau eine *partnership for peace* angetragen, alsbald aber die Aufnahme Polens, Ungarns und Tschechiens in die NATO betrieben und im Ergebnis das NATO-Territorium um viele hundert Kilometer näher an Rußland herangeschoben. Gemeinsam mit Rußland und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion erfolgte 1992 der Ausbau der auf der Helsinki-Erklärung von 1975 beruhenden Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). 1997 kam zwischen Rußland und der NATO die »Grundakte« über ihre gegenseitigen Beziehungen und eine neue Form der Zusammenarbeit zustande. Aber schon weniger als zwei Jahre später setzten sich die USA – und mit ihnen die NATO – im Falle Kosovo über alle erklärten Prinzipien der Zusammenarbeit mit Rußland hinweg; der »Ständige Gemeinsame NATO-Rußland-Rat« wurde nicht genutzt; als die Russen sich im Sicherheitsrat der UN sträubten, ging man über den Sicherheitsrat hinweg. Schon wenige Wochen später brauchte man Rußland dann aber doch, um Milosevic zu bewegen.

Im gleichen Sommer 1999 erwog die amerikanische Regierung erstmals öffentlich, den amerikanisch-russischen ABM-Vertrag (*Anti Ballistic Missile*) über die zahlenmäßige Begrenzung der zur Abwehr feindlicher Flugkörper bestimmten Raketen zu kündigen beziehungsweise zu verletzen. Die gleichzeitig erteilten amerikanisch inspirierten ökonomischen Ratschläge an die Adresse Moskaus erwiesen sich als grobe Fehlschläge; ein großer Beistandskredit des IMF war im Ergebnis ein gutes Geschäft für amerikanische und andere westliche Kreditgeber, nicht aber eine Hilfe für das russische Volk. Mit einem Wort: Es ist im Jahre 2000 keine zusammenhängende amerikanische Politik gegenüber Rußland erkennbar.

Das gleiche gilt gegenüber China: Amerikanische Avancen und Drohungen wechseln sich ab. Wenn es gegenüber den beiden Weltmächten China und Rußland dabei bleiben sollte, können daraus nur Argwohn und Mißtrauen entstehen – und Schlimmeres, nämlich daß sich beide auf einen denkbar werdenden Zusammenstoß vorbereiten.

Man kann für die nächsten Jahrzehnte eine ernste Spannung zwischen den USA und China nicht ausschließen, sei es über einen Konflikt zwischen Taiwan und der sechszigmal so volkreichen Volksrepublik China, sei es über zentralasiatische Konflikte, sei es über Menschenrechte. Man kann auch eine ernste Spannung zwischen den USA und Rußland nicht ausschließen, sei es über Anti-Raketen-Rüstung und (Nicht-)Abrüstung, sei es über innerstaatliche oder grenzüberschreitende bewaffnete Konflikte der Russen, sei es über Zentralasien oder über Öl und Erdgas und die Trassierung neuer Rohrleitungen.

Der wichtigste Grund für die bedenkliche Diskontinui-

tät amerikanischer Strategie liegt im außenpolitischen Desinteresse der großen Mehrheit der amerikanischen Politiker – und ihrer Wähler. Man glaubt, im Kalten Krieg die Sowjetunion besiegt zu haben, und meint sich nunmehr auf das eigene Land und das eigene Geschäft beschränken zu können. Früher hat es in beiden amerikanischen Parteien eine größere Zahl außenpolitisch informierter, urteilskräftiger Abgeordneter und Senatoren gegeben, dazu – vor allem an der Ostküste – eine breitgestaffelte Elite von außenpolitisch erfahrenen Journalisten, Hochschullehrern, Bankiers und Anwälten, die als Patrioten jeder Administration für hohe Funktionen zur Verfügung standen. Heute dagegen herrscht außenpolitische Abstinenz – und auch Ignoranz. Gleichzeitig breitet sich in Teilen der amerikanischen Nation und ihrer politischen Klasse ein virulentes Sendungsbewußtsein aus.

In dieser Lage kann eine Handvoll strategisch engagierter Personen, die sich die Aufgabe gestellt haben, die USA langfristig als einzige Supermacht oder als unverzichtbare Supermacht zu etablieren, einen unverhältnismäßig großen Einfluß ausüben. So kommt es zur Vorstellung, Amerika habe die Aufgabe, »den eurasischen Kontinent« zu kontrollieren. Die reichlich bombastische Ausrufung der »neuen NATO« in Washington im Frühjahr 1999 läßt die Richtung ahnen. Das dort von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der Allianz verabschiedete Communiqué und das »neue strategische Konzept« gehen weit über den Text des der NATO zugrunde liegenden Nordatlantik-Vertrages und weit über dessen eindeutige territoriale Begrenzung hinaus.

Man kann im übrigen die Frage stellen, ob diese Super-

macht-Zurschaustellung auch inszeniert worden wäre, wenn nicht eine schwere innenpolitische Krise einschließlich einer drohenden Amtsenthebung des Präsidenten es diesem hätte nützlich erscheinen lassen, seine volle Handlungsfähigkeit auf einem Felde zu demonstrieren, auf dem die Opposition ihm nicht in die Parade fahren konnte; die gleiche Frage gilt für die Kosovo-Intervention.

Anders als der ratifizierte Nordatlantik-Vertrag ist das Washingtoner Papier des Jahres 1999 völkerrechtlich nicht verbindlich. Wohl aber enthält es politische Absichtserklärungen von unbestimmter, ganz undeutlicher Tragweite. Die amerikanische Hegemonie hat erheblichen Spielraum für ihre Interpretationen gewonnen. Da es eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der europäischen NATO-Partner vorerst nicht geben wird, hängt es überwiegend von den entscheidenden Personen innerhalb des Washingtoner Kräftespiels ab, wieweit das Nordatlantische Bündnis in ein Instrument globaler amerikanischer Politik verwandelt wird.

Die USA sind im Begriff, ihre für die europäischen NATO-Partner einst höchst wohltuende Schutzfunktion gegenüber einer damals aggressiv gerüsteten Sowjetunion umzuwandeln in einen weniger wohltuenden Hegemonialanspruch für Konfliktfälle gegenüber einstweilen unbestimmten zukünftigen Gegnern. Daraus kann sich im Einzelfall eine prekäre Situation für Europa ergeben. Es sind Fälle denkbar, in denen dieser oder jener der europäischen NATO-Staaten weder ein eigenes noch ein gemeinschaftliches Interesse an einer Konfliktbeteiligung erkennen kann. Daraus können Zerwürfnisse entstehen, die den Zusammenhalt des Nordatlantischen Bündnisses wie auch der

Europäischen Union gefährden. In etwaigen Konfliktfällen wird sich England vermutlich noch auf lange Zeit nahezu bedingungslos an die Seite der USA stellen. Eine gegenüber Europa rücksichtslose amerikanische Strategie kann die Kohäsion der Europäischen Union überfordern.

Neue bewaffnete Konflikte im Nahen und im Mittleren Osten sind ebensowenig auszuschließen wie Konflikte in Südasien oder in Mittelamerika. In vielen solcher Fälle werden die USA Partei ergreifen und Bündnistreue ihrer europäischen NATO-Partner einfordern. Dies kann auch in Konflikten Amerikas mit den von Washington als Schurkenstaaten (*rogue states*, neuerdings *states of concern*) bezeichneten Ländern eintreten. In zunehmendem Maße wird sich dabei der Einfluß der weltweit tätigen amerikanischen Medienkonzerne bemerkbar machen.

Die gegenwärtige Phase einer weltweiten amerikanischen Dominanz wird aber nicht für alle Zeiten andauern. Weder Rußland noch China können die USA als Hegemonialmacht akzeptieren, es kann sie auch niemand dazu zwingen. Die Regierungen Frankreichs, Deutschlands, Spaniens und anderer europäischer Staaten fühlen sich heute schon herausgefordert. Indien als aufsteigende Weltmacht wird sich schwerlich amerikanischer Führung anvertrauen. Ob bei einer heute denkbar gewordenen Annäherung zwischen den beiden koreanischen Staaten die massive militärische Präsenz der USA im Fernen Osten weiterhin gerechtfertigt werden kann, bleibt fragwürdig.

Die politische Klasse der USA ist sich des bevorstehenden Rückgangs der amerikanischen Vorherrschaft noch nicht recht bewußt. Noch erscheint in der öffentlichen Meinung des Landes das Selbstverständnis als alleinige Füh-

rungsmacht der ganzen Welt ungebrochen, die weltweite Dominanz wird als ganz natürlich empfunden. Von solchen Vorstellungen Abschied nehmen zu müssen, könnte ein für die Amerikaner – und für andere – nicht schmerzfreier Prozeß werden, der möglicherweise Bestrebungen zur Kompensation auf anderen Gebieten auslöst. Jedenfalls wird die Vorstellung der Amerikaner von ihrer eigenen Rolle in der Welt einen bestimmenden Einfluß auf das weitere Weltgeschehen haben.

Die gegenwärtige Dominanz der Amerikaner erweist sich nicht nur auf politischem, ökonomischem und militärischem Gebiet. Amerikas Allgegenwart erleben wir tagtäglich, sobald wir das Fernsehen einschalten, ins Internet gehen oder uns zu einem Kinobesuch entschließen. Es ist zu befürchten, daß die täglich vierundzwanzig Stunden via Satellit über allen fünf Erdteilen ausgestrahlten uniformen Bilder der globalen Unterhaltungsindustrie gewachsene Kulturen und kulturelle Identitäten allmählich überwuchern und erdrücken.

In den überfüllten Millionenstädten der Entwicklungsländer, in denen ohnehin infolge ihres schnellen Bevölkerungswachstums die in Jahrhunderten entstandenen kulturellen Traditionen stark gefährdet sind, aber auch in den industrialisierten Demokratien erleben Hunderte von Millionen Kinder und Jugendliche mittels Fernsehen oder Video die gleichen Schießereien, Autojagden, Vergewaltigungen und Mordtaten – Gewalt in allen Formen. Die moderne Technik liefert die gleiche minderwertige Pseudokultur in jeden Erdteil für jedermann, ob von schwarzer, brauner, gelber oder weißer Hautfarbe.

Hunderte von Millionen Menschen weltweit werden unter diesem Einfluß zu einseitigen und abseitigen Vorstellungen von der Normalität des Lebens verführt, wobei Egoismus und Gewalttätigkeit eine überwältigende Rolle spielen. Die Globalisierung der Nachrichtenindustrie verstärkt derartige Wirkungen; selbst seriöse, nichtkommerzielle Fernsehanstalten geben Kriegen, Verbrechen, Naturkatastrophen oder blutigen Unfällen einen breiten Raum. Leichen, rauchende Trümmer und weinende Menschen lassen sich viel wirkungsvoller ablichten als etwa das Lebenswerk eines frisch gekürten Nobelpreisträgers.

Gegenwärtig ist das Fernsehen das eindringlichste Medium zur Beeinflussung großer Menschenmassen; in wenigen Jahrzehnten wird das Radio vollends in eine Nebenrolle abgedrängt sein. Wer sich an die Massenhypnose erinnert, die Hitler über sein Radiomonopol erzielen konnte, muß besorgt sein über die Tendenz zu privaten TV-Monopolen. Schon die Nachrichtenauswahl durch eine Fernsehanstalt, noch stärker die eine Nachricht begleitenden kurzen Kommentare können starke politische Wirkungen auslösen. Eine Fernseh-Demokratie ist der massenpsychologischen Beeinflussung weit stärker ausgesetzt als ehemals die Zeitungs-Demokratie.

Bisweilen mag es zwar ein Vorteil sein, daß die gesendeten Bilder mühelos über Staatsgrenzen hinweg in andere Staaten hineinwirken. Schon dem diktatorischen Regime Honeckers war es technisch unmöglich, den dauernden Einfluß des »West-Fernsehens« auszuschalten; in Zukunft wird es immer schwieriger werden, die Bürger eines Landes gegen elektronisch vermittelte Einflüsse von außen abzuschildern. Insgesamt aber gibt die Entwicklung hin zur Einheitskultur der Medienkonzerne Anlaß zu tiefer Sorge.

Das hängt auch mit der Sprache zusammen. Das Internet, dessen Auswirkungen heute noch nicht recht einzuschätzen sind, wird zumindest eine durch die Globalisierung bereits klar erkennbar gewordene Tendenz weiterhin verstärken, nämlich den weltweiten Siegeszug der englischen Sprache – genauer gesagt: des amerikanischen Englisch. Wir gehen seiner weltweiten Dominanz entgegen. Diese Entwicklung hat den Vorteil, daß internationale Gespräche außerordentlich erleichtert werden, seien es die Kurztelefonate zwischen zwei Devisenhändlern mit verschiedener Muttersprache, seien es diplomatische Verhandlungen, sei es die alltägliche Verständigung innerhalb einer international bunt zusammengesetzten Blauhelm-Truppe der Vereinten Nationen oder innerhalb eines multinationalen Konzerns.

Die Nachteile liegen auf der Hand. Nicht nur verantwortungsbewußte Lehrer, Professoren, Schriftsteller und Politiker sind besorgt, daß die eigene Sprache zurückgedrängt, korumpiert und damit ein unerläßlich wichtiges Element der nationalen kulturellen Tradition beschädigt wird. In Europa erweisen sich die Franzosen und die skandinavischen Völker als besonders engagiert bei der Verteidigung ihrer nationalen Sprache und Kultur. In den aus der sowjetischen Umklammerung befreiten Völkern wird die Wiederherstellung eines breiten kulturellen Nationalbewußtseins als notwendige Bedingung gesehen für den Erfolg im Aufbau einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Staates.

Wenngleich auf manchen Gebieten innerhalb der EU das Englische (Amerikanische) dominieren wird, so dürfte gleichwohl ein Versuch, das Englische zur einzigen offiziell-

len Sprache der Europäischen Union zu machen, entschiedene nationale Widerstände provozieren und den Zusammenhalt der EU gefährden. Es ist eher umgekehrt denkbar, daß die in der EU vereinigten Völker sich mehrheitlich – jedenfalls mit der Ausnahme Englands – gegen eine Überflutung mit amerikanischer Trivialkultur zur Wehr setzen; dafür sind starke Ansätze vor allem in Frankreich erkennbar.

Coca-Cola, McDonald's, Microsoft oder CNN haben sich in Europa weitgehend durchgesetzt – so wie in großen Teilen der übrigen Welt. Es bleibt die Frage, wie weit zukünftig Hollywood und die auf Massenkonsum ausgerichtete amerikanische Unterhaltungsindustrie insgesamt die geschichtlich gewachsenen kulturellen Traditionen Europas überdecken – eine Herausforderung, die noch vor fünfzig Jahren nur von sehr wenigen gesehen wurde.

«Ich war und bleibe ein engagierter Anhänger
der europäischen Integration aus
strategischem, patriotischem Interesse.»

Europa steht vor gewaltigen Herausforderungen – so die Diagnose von Altbundeskanzler Helmut Schmidt. Die weltweiten Rahmenbedingungen verändern sich dramatisch. Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa sind keineswegs auf Dauer gesichert. Nur wenn Europa gemeinsam auftritt, hat es eine Chance, sich in der Weltpolitik des 21. Jahrhunderts zu behaupten. Aber noch ist die Europäische Union dieser Aufgabe nicht gewachsen. Vor der Aufnahme neuer Teilnehmerstaaten muß daher eine weitreichende Reform der EU stehen. Andernfalls ist ihr Scheitern nicht ausgeschlossen ...

«Wie er und je argumentiert Schmidt nüchtern,
sachlich und überzeugt durch Kompetenz.»
BERLINER MORGENPOST

Aktualisierte Taschenbuchausgabe



ULLSTEIN